

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den vergangenen Wochen gab es Rückmeldungen vieler Spediteure zu neuen Anforderungen an der EU-Ostgrenze im Transitverkehr Richtung Zentralasien. Unter anderem verlangen die polnischen Behörden seit Ende März neue Dokumente, wodurch die Grenzabwicklung ins Stocken geraten ist. Im heutigen Update berichten wir über die Hintergründe.

Die USA und Großbritannien haben aktuell ihr Einfuhrverbot von Metallen aus russischer Produktion ausgeweitet. Nach dem 13. April produziertes Aluminium, Kupfer und Nickel aus Russland werde künftig nicht mehr an den beiden größten Metallbörsen der Welt in London und Chicago gehandelt.

Aus Russland werden neue Sanktionen gegen deutsche Unternehmen und Organisationen gemeldet.

In der EU wurde inzwischen die Vereinheitlichung der Sanktionsdurchsetzung und damit verbundener Strafen beschlossen. Der verabschiedete Katalog soll nun in nationales Recht überführt werden. Außerdem steht in der EU eine Einigung über die Verwendung der Zinserträge eingefrorenen russischen Vermögens bevor. Die Nutzung der Gelder wird inzwischen auch vom Europarat vehement gefordert. Aus den USA kommt der Vorstoß, russische Gelder als Sicherheit dazu zu nutzen, neue Kredite für die Ukraine aufzunehmen. Die G7-Länder wollen sich kommende Woche mit dem Thema beschäftigen.

Diese und weitere Meldungen finden Sie im heutigen Update. Besonders hinweisen wollen wir Sie zudem auf ein Online-Briefing zum Thema Sanktionsdurchsetzung und russische Umgehungsversuche, das wir am 6. Mai zusammen mit BDI, DIHK und dem Bundeswirtschaftsministerium organisieren.

Wie immer freuen wir uns über Ihre Hinweise und Rückmeldungen zum Thema Sanktionen!

OA-Update 2024/06
Stand: 19. April

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Aktuelle Probleme bei Grenzabfertigung an der EU-Ostgrenze

Seit Ende März informieren uns Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses und Wirtschaftsverbände gehäuft über Probleme bei der Zollabfertigung von Transitlieferungen durch Belarus und Russland. Betroffen ist sowohl der LKW- als auch der Bahnverkehr an den EU-Außengrenzen von Polen und allen drei Baltischen Staaten. Hintergrund sind zusätzliche Dokumente, die zur Zollabfertigung bei sanktionierten Transitwaren verlangt werden.

Die erweiterten Zoll-Dokumentationspflichten der polnischen und baltischen Zollbehörden beruhen auf einer Neuregelung zum Artikel 12 g der VO (EU) 833/2014. Diese berufen sich dabei auf die europäische Gesetzgebung, die durch die [EU-Ratsverordnung Nr. 2024/745 vom 23. Februar](#) als Teil des 13. Sanktionspakets geändert wurde.

Die polnischen Zollbehörden haben Ende März an den Grenzen eine Liste der neu erforderlichen Dokumente ausgehängt, die zusätzlich zu den bisher geforderten Begleitdokumenten wie Verträge und Zahlungen benötigt werden. Zum Beispiel verlangt man nunmehr Briefe auf Polnisch von Herstellern und Versendern, in denen sie die strafrechtliche Verantwortung dafür übernehmen, dass eine Warenladung nicht in der Russischen Föderation verbleibt. In manchen Fällen wird zusätzlich ein Dokument verlangt, das die Vollmacht der Person bestätigt, die den Brief unterzeichnet hat. Alle diese Dokumente müssen im Original und auf Polnisch vorgelegt werden. Besonders schwierig sind Herstellererklärungen zu besorgen, wenn der Exporteur verschiedene Komponenten zu einer Anlage zusammenstellt.

Die Umsetzung seitens der Zollämter ist nicht einheitlich. In der Praxis werden manche Transporte auch ohne oder mit Kopien der Papiere abgefertigt. In anderen Fällen wird bei fehlenden Originaldokumenten jedoch sogar die Ausfuhranmeldung (EX) annulliert. Betroffen sind offenbar alle Güter, deren HS-Codes mit 84-, 85- oder 87- beginnen.

Ein Grundproblem ist offenbar zum einen das „grobe Raster“ der Zolltarifnummern (dies wirkt sich auch auf nichtsanktionierte Waren mit diesen Zollnummern aus) und zum anderen die geforderte Herstellererklärung.

Der Ost-Ausschuss ist mit zuständigen Stellen in Kontakt getreten und schlägt folgende Lösungsmöglichkeiten vor:

1. eine genauere Beachtung der detaillierten sanktionierten Zolltarifnummern (nicht nur der ersten beiden Ziffern), und
2. die Ersetzung der Herstellererklärung durch eine Exporteurerklärung, die die geforderten Informationen aufnimmt. Diese könnte dieselben rechtlichen Rahmen berücksichtigen und sicherstellen, dass der Exporteur die notwendigen Informationen über den Kaufvertrag, die Handelsrechnung sowie über Käufer und

Endnutzer bereitstellt. Dieses wäre pragmatischer, ohne das Ziel, Sanktionsumgehungen einzuschränken, aufzugeben.

Wenn Sie eigene Beobachtungen zu dem Thema haben, melden Sie sich gerne im Ost-Ausschuss.

EU-Russlandsanktionen und russische Umgehungsversuche: Online-Briefing am 6. Mai 2024, 14:00 – 15:30 Uhr

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) lädt am 6. Mai in Kooperation mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) zu einer Informationsveranstaltung zum Thema EU-Russlandsanktionen und russische Umgehungsversuche ein. Angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen und der damit verbundenen Sanktionen freuen wir uns mit Ihnen in den Austausch über die rechtlichen Anforderungen und Compliance-Maßnahmen im Außenhandel auszutauschen.

Unser Ziel ist es, die Sanktionsexpertinnen und -experten in Unternehmen und Verbänden über die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen beim Umgang mit Warenlieferungen in Drittstaaten im Kontext der EU-Sanktionen gegen Russland zu informieren. Die Veranstaltung wird sich auf die Vorstellung der kürzlich vom BMWK veröffentlichten Hinweispapiere zur Verhinderung von Sanktionsumgehungen und der ungewollten Weitergabe kriegswichtiger Güter konzentrieren und sich zudem mit praktischen Erfahrungen in der Anwendung der No-Russia-Clause beschäftigen.

Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeit:

[Informationsveranstaltung: EU-Russlandsanktionen und russische Umgehungsversuche | online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Bundesregierung:

Schaden durch russischen Angriffskrieg in Deutschland bei 160 Milliarden Euro

Der Krieg in der Ukraine und die Energiekrise haben laut einer Rechnung des Bundeswirtschaftsministeriums in Deutschland zu Wohlstandsverlusten von etwa 160 Milliarden Euro geführt. Das geht laut einem Bericht von Spiegel-Online aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf Anfrage des Linken-Abgeordneten Jörg Cezanne hervor. Allerdings betonte das Ministerium, dass die Rechnung keine vollständige Aussagekraft hat.

Vor dem Überfall Russlands war die Bundesregierung von einem durchschnittlichen preisbereinigten Wachstum des BIP von jährlich rund 3,0 Prozent 2022 und 2023 ausgegangen. Tatsächlich nahm das BIP jährlich nur um 0,7 Prozent zu. Der reale Unterschied betrage somit insgesamt rein rechnerisch rund vier Prozent oder etwa 160 Milliarden Euro, erklärte das Ministerium.

Es schränkte in der Antwort an Cezanne aber ein: „Eine Quantifizierung der Wohlstandsverluste durch die sich überlagernden negativen exogenen Einflussfaktoren der letzten Jahre, zuvorderst der Coronapandemie und des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, ist nicht möglich.“ Hierfür wäre die Kenntnis darüber erforderlich, wie sich die deutsche Wirtschaft ohne diese Schocks entwickelt hätte.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung war im Februar 2024 in einer Analyse von Kosten für die deutsche Volkswirtschaft von deutlich über 200 Milliarden Euro ausgegangen.

[Russlands Angriffskrieg kostet Deutschland 160 Milliarden Euro - DER SPIEGEL](#)

Verbot der Friedrich-Naumann-Stiftung in Russland

Laut einem Bericht der FAZ sind in Russland nun auch die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowie die Boris-Nemzow-Stiftung für die Freiheit als „unerwünschte Organisationen“ faktisch verboten worden. Letztere wurde 2015 von Schanna Nemzowa, der Tochter des damals in Moskau ermordeten Oppositionellen, im deutschen Exil gegründet.

Das dritte jüngste Ziel von Russlands Generalstaatsanwaltschaft und Justizministerium, auf dessen entsprechender Liste nun schon 158 Organisationen stehen, ist das ukrainische Zentrum für Bürgerliche Freiheiten. Es hatte 2022 zusammen mit der von den Behörden „liquidierten“ russischen Menschenrechtsorganisation Memorial und dem in Haft verschollenen belarussischen Rechtsschützer Ales Bjaljazki den Friedensnobelpreis erhalten.

Im Mai 2022 hatte das Ministerium sein Register schon um die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung, Anfang März dieses Jahres dann um die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung sowie drei weitere deutsche Organisationen ergänzt. Mitte März folgte das in Köln ansässige Lew-Kopelew-Forum, welches das Andenken des von der Sowjetunion ausgebürgerten Schriftstellers hochhält.

Russland enteignet deutschen Maschinenbauer

Russland hat den deutsch-japanischen Maschinenbaukonzern DMG Mori enteignet, wie die Frankfurter Rundschau am 10. April berichtet. Das betroffene Werk des weltweit führenden Herstellers von CNC-gesteuerten Dreh- und Fräsmaschinen in Uljanowsk existiert bereits seit 2015. Die nun vollzogene Kontrollübernahme soll zunächst vorläufig sein, sagten russische Offizielle laut Frankfurter Rundschau. DMG Mori hingegen zeige sich pessimistisch: „Wir gehen jedoch davon aus, dass die Entscheidung der russischen Regierung final ist und eine vollständige Enteignung folgen wird“, zitierte die Wirtschaftswoche die Unternehmenssprecherin Katharina Contu. Der Schaden soll sich auf mehr als 90 Millionen Euro belaufen – den der deutsch-japanische Maschinenbauer jetzt bei der Bundesregierung geltend macht.

Der Hintergrund dazu: Mittels einer Investitionsgarantie hatte sich DMG Mori bei der Bundesregierung abgesichert, bevor das Werk überhaupt entstanden war. Solche Verträge gewährt die Bundesregierung, um deutsche Direktinvestitionen im Ausland gegen finanzielle Verluste wegen politischer Risiken abzusichern.

Wie der Konzern selbst angab, hatte er bereits im Frühjahr 2022 – also fast mit Beginn des Ukraine-Kriegs – sämtliche Aktivitäten in Russland eingestellt. Nach dem 24. Februar 2022 habe der Konzern keine Maschinen oder Komponenten mehr nach Russland geliefert. „Darüber hinaus haben wir jegliche IT-Verbindung von außen nach Russland komplett gekappt, um den Betrieb vor Ort unmöglich zu machen“, erklärte der Konzern mit Sitz in Bielefeld. Es sei allerdings „sehr wahrscheinlich“, dass bereits vor dem Ukraine-Krieg hergestellte Maschinen „ohne das Wissen oder die Zustimmung“ des verantwortlichen Managements im Verkauf landeten. Der Konzern habe prüfen wollen, wie das geschehen konnte.

Die russische Enteignung schafft im wirtschaftlichen Konflikt mit Deutschland eine neue Eskalationsstufe, schreibt die FR. Auch in der Bundesrepublik liegen Pläne zu Enteignungen von russischen Unternehmen auf dem Tisch, zum Beispiel, was den russischen Konzern Rosneft angeht. Noch vor wenigen Wochen hatte Russland auf eine mögliche Enteignung von Rosneft heftig reagiert, von einer „Entwertung“ von Deutschlands Attraktivität als Wirtschaftsstandort gesprochen. Auch zog Kreml-Sprecher Peskow Vergeltung in Betracht, zum Beispiel eine Konfiszierung deutschen Vermögens. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte am Ende doch von einer Enteignung abgesehen – vorerst.

[Putin greift nach deutschen Firmen – Und enteignet DMG MORI \(fr.de\)](#)

Der schwere Weg raus aus Russland

Russland erschwert zunehmend den Rückzug deutscher Unternehmen aus Russland. Unmöglich wäre dieser Schritt nicht – aber: „Bei einem Rückzug der deutschen Unternehmen aus Russland gibt es eine ganze Fülle von enormen Risiken“, sagte Sanktionsexperte Prof. Dr. Viktor Winkler im Gespräch mit Ippen.Media.

Genannt sei nur die Gefahr durch den Rückzug, die eigenen Mitarbeiter, ob nun festangestellt oder nicht, staatlichen Maßnahmen auszusetzen. Die Unternehmen hätten eine Fürsorgepflicht als Arbeitgeber, gerade gegenüber ihren Mitarbeitern im Ausland. Das größte Problem ist laut Winkler das Thema Enteignung.

„Die russische Regierung hat ein Gesetz verabschiedet, dass es einen Abschlag geben muss, von rund 50 Prozent auf den Kaufpreis des verkauften Unternehmens. Ein zu hastiger Rückzug oder überhaupt ein Rückzug, läuft also immer Gefahr, dass es russische Enteignungen gibt“, so Winkler.

Das sind nicht die einzigen Risiken, die deutschen Firmen in Russland drohen. Durch einen Rückzug aus Russland könnten deutsche Firmen überhaupt erst gegen die Sanktionen verstoßen, so Winkler: „Wer sich aus Russland zurückzieht, geht ein enormes Risiko ein, dass er das Unternehmen direkt oder indirekt an jemanden in Russland verkauft, der entweder sanktioniert ist oder der es aufgrund der Sanktionen gar nicht kriegen darf“.

Die Wahrscheinlichkeit, dass etwas in Russland sanktioniert sei, sei inzwischen höher, als dass es nicht sanktioniert sei. Die nicht sanktionierten Korridore würden schätzungsweise bei zehn Prozent liegen. Auch besteht das Risiko, dass ein Rückzug deutscher Firmen der russischen Wirtschaft in die Karten spielen könnte und die Wirkung der westlichen Sanktionen nicht greifen. „Wenn man ein Unternehmen auffordert, sich aus Russland zurückzuziehen und dadurch die Produktion, die eingestellt wird, um zum Beispiel 70 Prozent an den russischen Staat oder an die russische Wirtschaft geht, ist genau das Gegenteil erreicht.“ Die Idee der Sanktionen sein, ein russisches Wirtschaftswachstum zu verhindern oder zumindest sich nicht an einer Stärkung der russischen Wirtschaft zu beteiligen.

Ein Rückzug aus Russland sei auch auf legalem Weg möglich, so Winkler. „Es ist falsch, zu sagen, es geht gar nicht. Es ist aber auch falsch zu sagen, dass es einfach geht, da die Gefahren überwiegen. Die Öffentlichkeit stellt sich den Ausstieg generell viel zu einfach vor und idealisiert leider diejenigen Unternehmen für deren schnellen Ausstieg.“

Gegen deutsche Unternehmen wurde sogar der Vorwurf erhoben, Russland-Sanktionen umgehen. Fälle, in denen deutsche Unternehmen Sanktionen durch Schlupflöcher umgehen, sind Winkler nicht bekannt. „Ich kann nur dringend davor abraten, solche vermeintlichen ‚Schlupflöcher‘ zu nutzen“, so der Experte.

[Warum ein Rückzug deutscher Unternehmen Russlands Wirtschaft in die Karten spielt \(fr.de\)](#)

Anklage gegen Siemens-Manager wegen Sanktionsumgehung

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat nach jahrelangen Ermittlungen einen Siemens-Mitarbeiter und vier ehemalige Kollegen angeklagt, weil sie vier Gasturbinen im Wert von 111 Millionen Euro für zwei neue Kraftwerke auf der Krim verkauft haben sollen. Das sagte ein Sprecher der Nachrichtenagentur Reuters.

Ende 2015 und Anfang 2016 wurden die Gasturbinen von Hamburg aus nach Sankt Petersburg verschifft. Die Angeklagten, vier Deutsche und ein schweizerisch-französischer Staatsbürger, sollen gewusst haben, dass die Turbinen für die annektierte Halbinsel bestimmt waren und damit gegen das Krim-Embargo verstoßen haben. Die „Wirtschaftswoche“ hatte zuerst über die Anklage berichtet.

Das Landgericht Hamburg hat noch nicht über die Zulassung der Anklage entschieden. Die Krim gehört zur Ukraine, ist aber seit 2014 von Russland besetzt. Deshalb ist sie mit Sanktionen belegt, ein Export dorthin verstößt auch gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Laut einem Siemens-Sprecher bestreiten die fünf Beschuldigten die Vorwürfe.

Der Sprecher der Siemens AG sagte, man habe in den Jahren 2016 und 2017 erfahren, dass mehrere für das südrussische Taman bestimmte Gasturbinen „vom russischen Vertragspartner vertragswidrig und ohne Wissen und Wollen von Siemens auf die Krim verbracht“ werden sollten. Siemens habe noch versucht, sich dagegen zu wehren, sei aber in Russland nicht durchgedrungen.

Laut dem Sprecher habe man auch die Staatsanwaltschaft über die Vorgänge informiert und werde die Behörden bei der Aufarbeitung weiterhin unterstützen. Siemens Energy erklärte, man habe seit der Erlangung der Eigenständigkeit 2020 mit den Ermittlern kooperiert und werde dies auch weiterhin tun.

[Siemens: Staatsanwaltschaft erhebt Anklage wegen sogenannter Krim-Affäre - DER SPIEGEL](#)

Knauf wehrt sich gegen Vorwürfe der Sanktionsumgehung durch Monitor

Durch eine Berichterstattung des ARD-Politikmagazins Monitor vom 4. April 2024 und entsprechende Ankündigungen sieht sich das Unternehmen Knauf, global führenden Hersteller von Baustoffen für den Innenausbau und die Dämmung von Gebäuden, aktuell Vorwürfen zu seinem Russland-Geschäft ausgesetzt. Knauf veröffentlichte zu diesen Vorwürfen eine Klarstellung.

Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und unterstützen und befolgen sämtliche Sanktionen der EU, von Großbritannien und den USA gegen Russland. Unmittelbar nach Kriegsbeginn hat die Knauf Gruppe Neuinvestitionen in Russland gestoppt.

In den vergangenen 30 Jahren hat Knauf 14 Produktionsstätten in Russland erworben bzw. aufgebaut und steht in der Verantwortung für seine 4.000 Mitarbeiter. Wir haben uns bis auf Weiteres für den Verbleib im russischen Markt entschieden, denn wir möchten insbesondere in der gegenwärtigen schwierigen Situation unserer Verantwortung als Familienunternehmen gerecht werden und unsere langjährigen Beschäftigten nicht in die berufliche Unsicherheit entlassen. Rohstoffgewinnung, Produktion und Verkauf finden lokal statt, die Mitarbeiter fertigen mit lokaler Wertschöpfung aus regionalen Rohstoffen ausschließlich für den russischen Markt.

Zu den Vorwürfen von Monitor:

Knauf verhält sich jederzeit gesetzes- und sanktionskonform. Wir weisen den Vorwurf, das nicht zu tun, aufs Schärfste zurück. Der TV-Beitrag legt nahe, es würden Baustoffe aus der EU nach Russland importiert. Das ist definitiv nicht der Fall. Knauf liefert aus der EU weder nach Russland noch nach Mariupol. Seit Februar 2022 werden bei Knauf keine Waren mehr aus Russland exportiert bzw. nach Russland importiert.

Uns ist wichtig zu betonen: Knauf produziert Baustoffe und ist nicht als ausführender Bauherr oder Investor an Bauvorhaben beteiligt. Knauf unterhält keine direkten Lieferverträge zu Verbrauchern oder Verarbeitern von Knauf-Produkten in Russland. Unsere Produkte gelangen dort über viele verschiedene, von Knauf unabhängige Händler zu den Endkunden. Wir haben keinen Einfluss darauf, wie und wo die Endkunden unsere Produkte verwenden.

Zum Engagement von Knauf in der Ukraine:

Knauf hat zu Kriegsbeginn umgehend alle Mitarbeiter seines größten Werks in Soledar im Donbass in Sicherheit gebracht, die Umzüge für rund 200 Familien von Bakhmut nach Kiew organisiert und ihnen eine Unterkunft zur Verfügung gestellt. Das Werk Soledar, in das Knauf rund 200 Millionen Euro investiert hat, wurde im Laufe der Kriegshandlungen vollständig zerstört.

Nach der Zerstörung von Soledar haben wir unverzüglich wieder in der Ukraine investiert und eine bereits stillgelegte Anlage in Kiew in Betrieb genommen und erweitert, um den 450 Mitarbeitern eine Existenzgrundlage zu bieten und die lokale Versorgung mit Baustoffen zu sichern. Knauf hat laufend in den Schutz von Mitarbeitern und Werken investiert.

Knauf unterstützt nicht nur seine Mitarbeiter und deren Familien mit Nahrungsmitteln, Kochern und Notstromaggregaten, sondern leistet über verschiedene Organisationen und Projekte soziale und karitative Hilfe, z.B. mit der Lieferung von Lebensmitteln und dringend benötigten Hilfsgütern. Knauf plant derzeit die Errichtung eines neuen Werkes im Westen der Ukraine.“

[Aktuelles von Knauf | Knauf](#)

Festnahmen wegen Terror- und Spionageverdacht

Wie viele deutsche Medien, darunter der Tagesspiegel, berichten, wurden am 17. April der Deutsch-Russe Dieter S. sowie sein mutmaßlicher Mittäter Alexander J. in Bayreuth von Beamten des Bundeskriminalamtes festgenommen, ihre Wohnungen und Arbeitsplätze wurden durchsucht. Dieter S. soll in Kontakt mit einer Person gestanden haben, die deutsche Sicherheitsbehörden einem russischen Nachrichtendienst zuordnen.

Der Generalbundesanwalt wirft den beiden Männern vor, im Auftrag Russlands mögliche Sabotageaktionen in Deutschland vorbereitet zu haben. „Die Aktionen sollten insbesondere dazu dienen, die aus Deutschland der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg geleistete Unterstützung zu unterminieren“, teilte die Bundesanwaltschaft am Donnerstag mit. Dieter S. habe sich gegenüber seinem russischen Gesprächspartner bereiterklärt, „Sprengstoff- und Brandanschläge vor allem auf militärisch genutzte Infrastruktur und Industriestandorte in Deutschland zu begehen“.

Zur Vorbereitung soll Dieter S. Informationen über potenzielle Anschlagziele, darunter auch Einrichtungen der US-Streitkräfte wie Grafenwöhr, gesammelt haben. Er machte demnach Fotos und Videos der ins Visier genommenen Objekte, zum Beispiel von Militärtransporten. Das Material schickte er seinem Kontaktmann.

Die mutmaßlichen Spionage- und Sabotageaktionen sorgt für diplomatische Spannungen zwischen Moskau und Berlin. Nachdem das Auswärtige Amt als Reaktion auf die Ermittlungen des Generalbundesanwalts am 18. April den russischen Botschafter Sergej J. Netschajew einbestellt hatte, protestiert die russische Auslandsvertretung öffentlich. „Wir betrachten die genannte Demarche als eine unverhohlene Provokation, die darauf abzielt, die in Deutschland ohnehin grassierende Spionomanie weiter anzuheizen“, teilte die russische Botschaft auf X mit.

[Russische Botschaft bezeichnet Einbestellung als »unverhohlene Provokation« - DER SPIEGEL](#)

3. Europäische Union

EU will Verstöße gegen Russland-Sanktionen eindämmen

Um die Umgehung von Russland-Sanktionen einzudämmen, haben die EU-Staaten neue Regeln zur Strafverfolgung beschlossen, wie die Deutsche Presseagentur berichtet. Die am 12. April angenommenen Vorschriften sehen vor, dass künftig überall in der Europäischen Union Zuwiderhandlungen geahndet werden müssen. Dazu zählen etwa die Hilfe bei der Umgehung eines Reiseverbots, der Handel mit sanktionierten Gütern oder die Durchführung verbotener Finanztätigkeiten. Zudem kann den Angaben zufolge künftig auch die Anstiftung, Beihilfe und der Versuch eines Sanktionsverstößes bestraft werden.

„Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass Verstöße gegen EU-Sanktionen mit wirksamen und verhältnismäßigen strafrechtlichen Sanktionen geahndet werden, die je nach Straftat unterschiedlich sind“, erklärte der Rat der Mitgliedstaaten zu den neuen Vorschriften. So gilt es demnach sicherzustellen, dass bei einem vorsätzlichen Verstoß gegen Sanktionen auch eine Freiheitsstrafe verhängt werden kann.

Unternehmen sollen darüber hinaus auch dann haftbar gemacht werden können, wenn eine Straftat von einer Person begangen wurde, die eine Führungsposition in der Organisation innehat. "In solchen Fällen können Sanktionen den Ausschluss von Geschäftstätigkeiten und den Entzug von Zulassungen und Genehmigungen für die Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit beinhalten", teilte die EU mit.

Die Neuregelung gilt für Verstöße gegen alle EU-Strafmaßnahmen. Hintergrund ist allerdings insbesondere die Umgehung von Sanktionen, die die EU wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erlassen hat. Dazu gehören etwa Einfuhrverbote für Rohöl, Kohle, Stahl, Gold und Luxusgüter, Ausfuhrverbote für militärisch nutzbare Produkte sowie Strafmaßnahmen gegen Banken und Finanzinstitute.

Zu einem entschlosseneren Vorgehen gegen Sanktionsverstöße hatte im vergangenen Jahr unter anderem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) aufgerufen. Er kritisierte damals, es gebe deutliche Umgehungen - auch aus Deutschland heraus. Dabei werde das Interesse der Menschen, die um ihre Freiheit kämpfen, verraten, sagte er mit Blick auf die Ukraine und den russischen Angriffskrieg.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben zwölf Monate Zeit, die neuen Regeln in nationales Recht zu überführen.

[Council gives final approval to introduce criminal offences and penalties for EU sanctions' violation - Consilium \(europa.eu\)](#)

[EU will Verstöße gegen Russland-Sanktionen eindämmen | tagesschau.de](#)

Auch Europarat will russisches Vermögen für Ukraine nutzen – Einigung in der EU steht offenbar kurz bevor

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats, dem 46 Länder in Europa angehören, hat am 16. April einstimmig eine Resolution verabschiedet. Darin wird gefordert, dass eingefrorene russische Vermögenswerte in einen neuen Fonds zum Wiederaufbau der Ukraine und zur Entschädigung der Opfer übertragen werden, dies berichtet Euractiv. Die russische Regierung solle für die Entschädigung der entstandenen menschlichen und materiellen Verluste und für die „Zerstörung der Ukraine“ verantwortlich gemacht werden. Dies forderte der Berichterstatter für dieses Dossier, Lulzim Basha (Albanische Demokratische Partei, EVP [als assoziiertes Mitglied]), bei der Eröffnung der Sitzung des Gremiums.

Bashas Resolution wurde mit 134 Ja-Stimmen ohne Enthaltungen oder Gegenstimmen angenommen. Darin wird gefordert, dass die beschlagnahmten russischen Vermögenswerte zur Entschädigung natürlicher und juristischer Personen für die Schäden verwendet werden sollen, die durch die Handlungen Russlands im Zusammenhang mit seiner illegalen Invasion entstanden sind.

„Wir stimmen heute für die Einrichtung eines internationalen Entschädigungsmechanismus unter der Aufsicht des Europarats, um die Schäden, die den betroffenen natürlichen und juristischen Personen [...] durch die rechtswidrigen Handlungen der Russischen Föderation bei ihrem Einmarsch in die Ukraine entstanden sind, umfassend zu regeln“, so Basha.

Der Mechanismus solle die Befugnis und Kapazität erhalten, Ansprüche der Ukraine und anderer – öffentlicher und privater – Geschädigter entgegenzunehmen und zu prüfen. Zudem solle er eine angemessene Entschädigung für solche Ansprüche in Übereinstimmung mit international vereinbarten Standards und Verfahren verteilen.

Sie würde das vom Europarat bereits eingerichtete Register der durch die russische Aggression gegen die Ukraine verursachten Schäden ergänzen.

EU-Plan kurz vor Einigung

Der EU-Chefdiplomat Josep Borrell legte Ende März einen Vorschlag vor. Dieser sieht vor, dass 90 Prozent der Einnahmen aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten in Europa in die Europäische Friedensfazilität (EFF) und in den neu geschaffenen Ukraine-Hilfsfonds (UAF) fließen.

Nach diesem Vorschlag, der noch von den EU-Mitgliedstaaten gebilligt werden muss, soll der größte Teil der künftigen Gewinne für den Kauf von Waffen für die ukrainischen Streitkräfte verwendet werden.

Die restlichen zehn Prozent würden einbehalten und an den EU-Haushalt überwiesen. Sie sollen zur Förderung der ukrainischen Verteidigungsindustrie verwendet werden.

Die EU-Mitgliedstaaten standen am 15. April kurz vor einer Einigung. EU-Diplomaten erklärten, die letzten noch offenen technischen Fragen seien noch zu klären. Das Ziel sei es, dass die EU die Gewinne bis Juni nutzen könne.

Auch G7 prüfen Vorschläge zur Verwendung russischer Gelder

Auf Druck der USA wollen auch die G7-Finanzminister kommende Woche beraten, wie sie Einnahmen aus eingefrorenen russischen Staatsreserven für die Ukraine einsetzen können. Dies berichtet das Handelsblatt. Washington schlägt vor, die Sondergewinne über die Finanzmärkte zu hebeln. So ließe sich mehr Geld für Kiew erzielen, als bisher von der EU geplant. „Wir sind an einem Punkt, wo wir jeden Weg erkunden sollten, wie wir den Wert der eingefrorenen Reserven für die Ukraine maximieren können“, sagte der stellvertretende nationale Sicherheitsberater der US-Regierung, Daleep Singh, laut „Financial Times“ bei einem Besuch in Kiew.

Konkret geht es darum, die erwarteten jährlichen Einnahmen aus dem russischen Kapital als Sicherheit einzusetzen, um damit Anleihen auszugeben. Diese sogenannten Freedom Bonds könnten den G7-Staaten einen zweistelligen Milliardenbetrag einbringen. Das Geld könnte dann an Kiew fließen.

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine vor zwei Jahren hatten die westlichen Staaten 260 Milliarden Euro an russischen Zentralbankreserven eingefroren. Knapp 200 Milliarden davon lagern beim belgischen Clearinghaus Euroclear. Jeden Tag fallen Zins- und Anlagegewinne auf das Kapital an, die sich im vergangenen Jahr auf 4,4 Milliarden Euro summierten.

Als Emittent komme nur eine der G7-Regierungen infrage, damit der Markt die Anleihen auch annehme, meinen Experten. Der US-Vorschlag gehe implizit davon aus, dass die russischen Reserven nie an Russland zurückgezahlt werden, sondern nach Kriegsende für die Ukraine benutzt werden.

Sollte dies aus irgendeinem Grund nicht passieren, etwa weil Russland die Beschlagnahmung seiner Vermögenswerte vor Gericht anfecht, müssten im Zweifel die Steuerzahler der G7-Länder für die Schulden einstehen. Diese Unwägbarkeit dürfte eine schnelle Einigung in dieser Frage erschweren.

[Europarat fordert russische Vermögenswerte für die Ukraine zu verwenden – Euractiv DE](#)

Hinweise zum 14. EU-Sanktionspaket

Laut Informationen von BNE Intellinews bereitet die EU ein vierzehntes Sanktionspaket vor, das in den kommenden Monaten verabschiedet werden soll. Es soll sich hauptsächlich auf die Durchsetzung der bestehenden dreizehn Sanktionsrunden konzentrieren. EG-Vizepräsident Valdis Dombrovskis sagte demnach: „Wir haben mit der Vorbereitung des vierzehnten Sanktionspakets begonnen, das im Frühjahr verabschiedet werden soll. Es wird wahrscheinlich eine umfangreiche Liste restriktiver Maßnahmen zur

Bekämpfung der Umgehung von Sanktionen enthalten, da die Russische Föderation weiterhin gegen die Obergrenze der Ölexportpreise verstößt".

Ihm zufolge sucht die EU auch nach Möglichkeiten, die Umgehung von Sanktionen durch westliche Tochtergesellschaften zu verhindern, die in Ländern außerhalb der EU tätig sind. Dombrovskis fügte hinzu, dass EU-Muttergesellschaften, die Einfluss auf die Geschäftstätigkeit ihrer Tochtergesellschaften im Ausland haben, für sanktionswidrige Handlungen haftbar gemacht werden können.

Die Aussichten, dass das neue Sanktionspaket neue Verbote für neue Produkte enthält, seien dagegen gering. In der neuen Sanktionsrunde würden wahrscheinlich weitere Einzelpersonen auf die inzwischen 2.000 Namen umfassende Liste gesetzt und die Durchsetzungsmechanismen verbessert. Ganz oben auf der Liste dürften die Bemühungen stehen, die Sanktionen zur Begrenzung des Ölpreises wirksam werden zu lassen, da bisher kein einziges Barrel russisches Rohöl unter der Ölpreisgrenze von 60 Dollar verkauft wurde. Doch für neue schmerzhaftere Sanktionen, die zunehmend auf die EU-Mitglieder zurückprallen, werde es schwer sein, einen allgemeinen Konsens unter den EU-Mitgliedstaaten zu finden.

Dombrovskis warnte, dass der Spielraum für zusätzliche restriktive Maßnahmen „immer begrenzter" werde, da die Gespräche zwischen den Mitgliedstaaten „immer schwieriger“ würden.

Der belgische und der tschechische Premierminister haben sich in einem offenen Brief an die EU gewandt und ein neues EU-Sanktionssystem gefordert, das auf die Bekämpfung russischer Beeinflussungsversuche abzielt. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass die Nachrichtendienste mehrerer Mitgliedstaaten in den letzten Wochen Versuche Russlands festgestellt haben, sich in die bevorstehenden Wahlen zum EU-Parlament einzumischen, und dass die Tschechische Republik vor kurzem die pro-russische Nachrichtenseite voiceofeurope.com als eigenständig eingestuft hat.

EU-Gericht kippt Sanktionsbeschlüsse gegen russische Oligarchen

Die Sanktionen gegen Russlands Superreiche sollte die Regierung in Moskau unter Druck setzen, nun rudert die EU in einigen Fällen zurück. Das Gericht der EU hat Sanktionsbeschlüsse der Europäischen Union gegen die russischen Oligarchen Michail Fridman und Pjotr Awen gekippt. Der Rat der EU habe bei den Entscheidungen zwischen Februar 2022 und März 2023 keine hinreichenden Belege für die Aufnahme in die Sanktionsliste geliefert, entschieden die Richter in Luxemburg. Die Sanktionsbeschlüsse waren als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine gefasst worden.

Die Entscheidung bedeutet allerdings nicht, dass Fridman und Awen sofort von der EU-Sanktionsliste gestrichen werden müssen. Zum einen kann gegen das Urteil noch vor dem höchsten europäischen Gericht, dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), vorgegangen werden. Zum anderen hat der Rat der EU bereits neue Sanktionsbeschlüsse gegen die beiden Männer erlassen, die zunächst nicht von dem Urteil betroffen sind.

Fridman und Aven sind Gründer und wichtige Anteilseigner des großen Finanzkonzerns Alfa-Group. Die EU hatte gegen die Milliardäre kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 Strafmaßnahmen verhängt. Sie fror Gelder ein und erließ ein Einreiseverbot. Auch die US-Regierung sanktionierte sie. Im vergangenen Jahr hatten sich mehrere russische Oppositionelle allerdings dafür ausgesprochen, Fridman und andere von der Sanktionsliste zu streichen.

Die EU hatte die Sanktionen damit begründet, dass Fridman und Aven russische Entscheidungsträger finanziell unterstützt und damit die territoriale Unversehrtheit der Ukraine untergraben hätten. Die Richter entschieden nun aber, dass diese Vorwürfe nicht hinreichend belegt seien und die Aufnahme in die Liste daher ungerechtfertigt sei.

Wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erließ die EU bislang gegen fast 2000 Personen und Organisationen Sanktionen. Derzeit sind mehrere Dutzend Klagen gegen die Strafmaßnahmen vor Gerichten anhängig.

[Russland-Sanktionen: EU-Gericht hebt Sanktionsbeschlüsse gegen russische Oligarchen auf - DER SPIEGEL](#)

Immer mehr Unternehmen aus Österreich verlassen Russland

Wie Märkte Weltweit Medien berichten, verlassen inzwischen auch immer mehr österreichische Unternehmen den russischen Markt. Gemessen an Untersuchungen der Kyiv School of Economics gehörte Österreich lange zu den Ländern, die trotz des Krieges am stärksten in Russland aktiv blieben. Dies scheint sich nun deutlich zu ändern. Laut dem Bericht waren zu Beginn des Ukraine-Krieges rund 65 namhafte österreichische Unternehmen in Russland aktiv gewesen. Während bis März 2023 nur drei Unternehmen Russland den Rücken gekehrt hätten, seien es mittlerweile 15. Zu den zwölf Unternehmen, die sich zuletzt zurückgezogen haben, zählen laut dem Bericht Swarovski, Wienerberger und Kapsch. Dies berichtete die österreichische Nachrichtenagentur APA.

Weitere neun Unternehmen hätten angekündigt, Russland den Rücken zu kehren. So wolle der Maschinenbauer Engel noch im laufenden Jahr seine russische Tochterfirma abwickeln. Auch die Unternehmen Doka, EVN und Strabag warteten nur noch auf die Genehmigung des Kremls, um dem Land den Rücken kehren zu können. Sechs Unternehmen hätten ihr Geschäft in Russland inzwischen stillgelegt. Das sinkende Interesse der Österreicher spiegele sich auch in den Investitionen wider: Der Gesamtwert der Investitionen in Russland sei von sieben Milliarden Euro 2021 auf vier Milliarden Euro Ende 2023 gesunken.

Ein Problem beim Rückzug blieben die zu erwartenden, großen Verluste: Aktuell müssen die Firmen bei einem Verkauf ihrer Russland-Töchter auf die Hälfte des Marktwertes verzichten. „Wenn ich bereit bin, einen Verlust hinzunehmen – etwa 70 Prozent des Firmenwerts –, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die russische Regierungskommission für den Verkauf grünes Licht gibt“, erklärte laut dem Bericht der Rechtsanwalt Stefan Paulmayer.

Tschechien deckt russisches Netzwerk auf

Am 27. März hat die tschechische Regierung das in Prag ansässige Online-Portal „Voice of Europe“ und seine mutmaßlichen Hinterleute auf ihre Sanktionsliste gesetzt. „Wir waren in der Lage, die Aktivitäten eines von Russland finanzierten Einflussnetzwerks in der Tschechischen Republik aufzudecken“, sagte Ministerpräsident Petr Fiala nach Angaben von Spiegel-Online in einer Pressekonferenz an seinem Amtssitz in Prag. Ziel des Netzwerks sei es, die Politik in europäischen Ländern zu beeinflussen – im Sinne des Kreml.

Die tschechischen Behörden erheben aber noch härtere Vorwürfe gegen das Medienunternehmen und sein Netzwerk. So soll „Voice of Europe“ auch als Vehikel zur verdeckten Finanzierung von Europawahl-Kandidaten gedient haben, die Moskau genehm sind. Nach Spiegel-Informationen soll das Geld entweder bei persönlichen Treffen in Prag bar übergeben oder per Kryptowährung transferiert worden sein. Von insgesamt mehreren Hunderttausend Euro ist die Rede.

Laut der tschechischen Tageszeitung Deník sollen Politiker aus sechs europäischen Ländern von dem russischen Netzwerk bezahlt worden sein. »Konkret handelt es sich um Politiker aus Deutschland, Frankreich, Polen, Belgien, den Niederlanden und Ungarn«, schreibt die Zeitung mit Verweis auf Informationen aus Geheimdienstkreisen. Ausdrücklich wird auch die AfD aus Deutschland genannt, allerdings keine Namen einzelner Politiker.

Nach Geheimdienstinformationen soll hinter „Voice of Europe“ Wiktor Medwedtschuk stehen, ein prorussischer Oligarch ukrainischer Herkunft, der als enger Freund des russischen Präsidenten Wladimir Putin gilt. Ein ehemaliger Produzent eines prorussischen Senders in der Ukraine, Artem Martschewskyj, soll faktisch das Geschäft von „Voice of Europe“ geleitet haben.

Auf den Seiten von „Voice of Europe“ fänden sich auch zahlreiche Interviews mit AfD-Politikern, darunter Maximilian Krahe, AfD-Europaabgeordneter und Spitzenkandidat der Partei für die kommende Europawahl und der Bundestagsabgeordnete Petr Bystron. Beide waren auch schon durch enge Kontakte Wiktor Medwedtschuk aufgefallen, so Spiegel-Online.

Wienerberger verkauft Russland-Geschäft

Der weltgrößte Ziegelhersteller Wienerberger aus Österreich verkauft seine Fabriken in Russland und zieht sich damit aus dem Markt zurück. Das berichtet die russische Wirtschaftszeitung „RBC“ laut Nachrichtenagentur „Reuters“ unter Berufung auf russische Firmenunterlagen. Die österreichische Nachrichtenagentur APA schreibt dazu, Käufer der Fabriken in den Regionen Wladimir und Tatarstan sei das im Bausektor tätige russische Unternehmen Stroyteks. Wienerberger war für die „APA“ vorerst für keine Stellungnahme erreichbar.

Angesichts des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine hatte der Baustoffkonzern bereits im Juni 2022 den angestrebten Rückzug aus dem russischen Markt bekanntgegeben, der sich dann aber verzögerte. Wienerberger war seit 2005 in Russland tätig.

Russische Schadsoftware entdeckt

Das finnische Sicherheitsunternehmen WithSecure hat eine bislang unbekannte Schadsoftware entdeckt, die eine virtuelle Hintertür in bestimmte Windows-Systeme einbaut und für Cyberangriffe verwundbar macht. Dies berichtet das Handelsblatt. Die Schadsoftware mit dem Codenamen „Kapeka“ könne mit der russischen Bedrohungsgruppe „Sandworm“ in Verbindung gebracht werden, die von der Hauptdirektion des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation (GRU) betrieben werde, erklärte das Unternehmen. „Sandworm“ sei vor allem für seine zerstörerischen Angriffe gegen die Ukraine berüchtigt.

Die Erkenntnisse von WithSecure wurden von Microsoft bestätigt. Beim US-Softwarekonzern wird die Schadsoftware unter dem Namen „KnuckleTouch“ geführt. Rüdiger Trost, Sicherheitsexperte bei WithSecure, wertete die Entdeckung als „großen Schlag gegen Russland, das diese der Hintertür in der Ukraine und in Osteuropa eingesetzt hat.“

4. Russland

Putin führt Zwangsverwaltung bei westlichem Agrarkonzern ein

Russlands Präsident Wladimir Putin hat nach Informationen der russischen Wirtschaftszeitung Kommersant ein weiteres ausländisches Unternehmen unter staatliche Verwaltung gestellt. Mit einem am 8. April veröffentlichten Dekret ging die Kontrolle über den Agrarkonzern AgroTerra an den Vermögensfonds Rosimuschtschestwo über. Die ausländischen Anteilseigner von AgroTerra sitzen überwiegend in den Niederlanden, wie es im Text des Dekrets heißt. Berichten zufolge gehört das Unternehmen der US-Investmentfirma NCH Capital, deren Gründer George Rohr ukrainische Wurzeln hat. Die russische Ausgabe des US-Magazins Forbes schätzte den Wert von AgroTerra im Jahr 2022 auf 23,2 Milliarden Rubel (231 Millionen Euro). 2023 belegte das Unternehmen mit 265.000 Hektar den 18. Platz unter den größten Landbesitzern in Russland.

[Доли в агрохолдинге «Агротерра» переданы в управление государству \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

Kammer Moskau:

Finanzsanktionen behindern zunehmend den Zahlungsverkehr

Beim grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr häufen sich in Russland die Probleme auch bei Zahlungen für nicht-sanktionierte Güter. Mitgliedsfirmen der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer berichten demnach nach Angaben der Moskauer Kammer, dass in zahlreichen Fällen Überweisungen von und in Länder wie China, die Türkei und zentralasiatische Staaten blockiert wurden.

Vertreter des russischen Banksektors haben gegenüber der Kammer bestätigt, dass Geldüberweisungen durch ausländische Banken nach und aus Russland in allen Währungen, sei es Euro, US-Dollar, Yuan oder Rubel, derzeit erschwert sind. Russische Banken verweigern wiederum Eröffnungen von Fremdwährungskonten in Dollar und Euro und können Geldtransfers ins Ausland nicht mehr sicherstellen. Auch Banken aus den sogenannten freundlichen Staaten wollten demnach keine Geldüberweisungen aus oder nach Russland bearbeiten, weil sie die amerikanischen Sekundärsanktionen ernst nehmen.

Die russische Seite erwägt laut Kammer bei der Suche nach Lösungen für den internationalen Zahlungsverkehr neue Mechanismen und unkonventionelle Zahlungsmethoden wie Kryptowährungen. Zentralbankchefin Elwira Nabiullina habe sich kürzlich für die Nutzung von Kryptowährungen im internationalen Zahlungsverkehr ausgesprochen.

Mehr als jeder zweite russische Importeur hatte im vergangenen Jahr Schwierigkeiten beim Bezahlen für Waren mit Devisen. Das ergab eine Umfrage des russischen Wirtschaftsministeriums, deren Ergebnisse der Zeitung Vedomosti vorliegen. Der Anteil

der Unternehmen, die über Probleme berichten, stieg von 42 Prozent im Jahr 2022 auf zuletzt 52 Prozent. Meist weigern sich ausländische Banken, Überweisungen aus Russland anzunehmen. Diese Erfahrung machten im vergangenen Jahr 42 Prozent aller befragten Unternehmen. 2022 waren es 32 Prozent.

Werden jetzt Lizenzen in Russland zwangsenteignet?

Eine neue Regierungskommission will sich in Russland mit der Zwangslizenzierung von geistigem Eigentum ausländischer Unternehmen befassen, schreibt die russische Wirtschaftszeitung RBC und vergleicht die Pläne mit einem „Parallelimport von Patenten“, in Anlehnung an die staatlich geförderten Grauiimporte. Die vom Wirtschaftsministerium geleitete Kommission solle die Nutzung von Produkten und Technologien ohne Erlaubnis ihrer Rechteinhaber in Russland erlauben dürfen.

Laut dem Verordnungsentwurf der Regierung, der RBC vorliegt, soll dies zunächst Ausnahmefälle auf Antrag russischer Privatpersonen oder Unternehmen betreffen. Außerdem soll die Zwangslizenz erst erteilt werden, wenn auf dem üblichen Weg keine Einigung mit dem Rechteinhaber möglich war. Dieser solle dann eine „angemessene Kompensation“ für sein geistiges Eigentum erhalten.

[В России введут режим «параллельного импорта» для зарубежных патентов — РБК \(rbc.ru\)](https://www.rbc.ru)

Urteil gegen Aktionäre dürfte weitreichende Folgen haben

Russland entwickelt sich immer mehr zur Staatswirtschaft, die Privatisierungen Anfang der 1990er Jahre werden offenbar immer mehr rückabgewickelt. Einen Präzedenzfall mit weitreichenden Wirkungen schuf dazu nun ein Gericht in der Region Perm. Aktionäre von russischen Unternehmen, deren Privatisierung in den Neunzigerjahren als gesetzeswidrig eingestuft und daher rückgängig gemacht wird, dürfen nunmehr ebenfalls enteignet werden. So erklärte das Handelsgericht der Region Perm seine Entscheidung vom 22. März, die Anteile von mehr als 2000 Aktionären an der Magnesiumfabrik SMZ, wie von der Staatsanwaltschaft beantragt, dem Staat zu übergeben. Bereits im Mai 2022 hatte das Gericht knapp 90 Prozent der Anteile an SMZ, die sich auf vier Unternehmer verteilten, wegen Verfehlungen bei der Privatisierung im Jahr 1992 verstaatlicht. Das Urteil auch gegen die Minderheitsaktionäre, die ihre Papiere seitdem an der Moskauer Börse erwarben, sei ein Präzedenzfall, sagte Zentralbankchefin Elvira Nabiullina. Er dürfte Folgen für das Vertrauen der Anleger in den russischen Kapitalmarkt haben, ergänzte sie.

[Суд взыскал акции «Соликамского магниевого завода» в пользу РФ - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://www.vedomosti.ru)

Russischer Vorstoß zum Tausch eingefrorener Vermögenswerte

Russen, die gesperrte ausländische Wertpapiere besitzen, können diese seit dem 25. März an Ausländer mit gesperrten Guthaben in Russland verkaufen. Am 11. März haben das russische Finanzministerium und der Makler Inwestizionnaja palata (Investitionskammer) Bedingungen und Zeitpunkt für Transaktionen zum Kauf ausländischer Wertpapiere von gebietsansässigen Privatpersonen durch Gebietsfremde bekanntgegeben. Die Annahme von Anträgen auf Verkauf gesperrter Vermögenswerte ist vom 25. März bis 8. Mai geplant. Mehr als 3.500 Papiere sollen umgetauscht werden, wobei die Transaktionen bis zum 1. September 2024 abgeschlossen sein sollen.

Rücknahmeanträge von gebietsansässigen Privatpersonen werden bis zum 8. Mai entgegengenommen. Bis zum 31. Mai werden die in russischem Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere in Losen zusammengefasst. Auf diese können ausländische Käufer zwischen dem 3. Juni und dem 5. Juli bieten, wobei die Abwicklung (Lieferung von Geld und Wertpapieren) auf Grundlage der Ergebnisse der Rücknahme bis zum 29. Juli erfolgt. Werden die Anträge der ausländischen Käufer genehmigt, können die Wertpapiere frei von einem russischen Depot auf ein ausländisches Depot übertragen werden. Der Broker legt einen anfänglichen Auktionspreis für die Wertpapiere in Rubel auf der Grundlage des Schlusskurses vom 22. März fest, der Verkaufspreis muss dann auf diesem Niveau oder höher sein.

Nach Angaben der russischen Zentralbank unterliegen die nach Sanktionen gesperrten Wertpapiere der St. Petersburger Börse nicht dem Rücknahmeverfahren. Eine vollständige Liste der in Rede stehenden Assets wird auf der Maklerseite veröffentlicht. Am 8. Dezember 2023 hatte der Verwaltungsrat der Zentralbank das Verfahren für die Interaktion zwischen Finanzmarktteilnehmern beim Austausch gesperrter Vermögenswerte genehmigt. Danach können russische Anleger gesperrte ausländische Wertpapiere mit Mitteln von Konten des Typs „C“ an Gebietsfremde verkaufen. In diesem Fall können nur Wertpapiere verkauft werden, die beim Nationalen Verwahrer (NSD) verbucht sind. Russische Investoren können Anträge für einen Gesamtbetrag von maximal 100.000 Rubel einreichen. Auch Ausländer haben die Möglichkeit, ihre Wertpapiere zu verkaufen, die erworbenen Vermögenswerte werden jedoch auf Transitdepots gutgeschrieben, die für die Verwahrung von Wertpapieren vorgesehen sind.

[Moscow hopes frozen assets swap scheme will benefit Russian stocks | Reuters](#)

Einreiseverbote für Balten

Das russische Außenministerium hat am 12. März Einreiseverbote gegen 347 Politiker und Journalisten aus Lettland, Litauen und Estland verhängt. Der Anlass sei die „feindselige Politik“ ihrer Regierungen gegenüber Russland, so das russische Außenministerium. Betroffen sind unter anderem die Ministerpräsidentinnen von Estland und Lettland, Kaja Kallas und Evika Silina, die ehemalige lettische Staatschefin Vaira Vike-Freiberga sowie zahlreiche Minister und Abgeordnete aller drei baltischen Staaten.

О закрытии въезда в Российскую Федерацию враждебно настроенным по отношению к нашей стране представителям стран Прибалтики - Министерство иностранных дел Российской Федерации (mid.ru)

Neues Umgehungsschema: Gelangt russisches Holz über die Türkei in die EU?

Um sanktioniertes russische Holz zu ersetzen, habe die EU mehr amerikanisches und türkisches Holz importiert. Das türkische Holz wiederum stamme vermutlich zu einem Großteil aus Russland. Dies berichtet die russische Nachrichtenagentur Ria Nowosti in einer Analyse zu den Veränderungen am russischen Holzmarkt. Demnach haben die USA die Europäer mit Material im Wert von 1,3 Milliarden Dollar beliefert, die Türkei mit 440 Millionen Dollar. Gleichzeitig habe die Türkei selbst seine Einkäufe aus Russland um das 13-fache erhöht. Ein ähnliches Umgehungsschema war in den vergangenen Monaten auch bei Rohöl beobachtet worden. So hatte Russland seine Lieferungen nach Indien massiv erhöht, Indien wiederum stieg zu einem wichtigen Lieferanten der EU bei Diesel auf.

Im April 2023 verhängte die EU erstmals Sanktionen gegen russisches Holz und Holzprodukte. In der ersten Jahreshälfte 2022, vor dem Sanktionspaket, versuchten die Europäer, im Voraus zu kaufen und erwarben Holz im Wert von fast einem Jahr", erinnert sich Dmitri Sawjalow, Leiter der Abteilung für Unternehmertum und Logistik an der russischen Wirtschaftsuniversität Plechanow laut Ria Nowosti. Anschließend seien Holz aus Russland und Belarus weiter über Zwischenhändler bezogen worden. So werde beispielsweise Lärchenholz, das in China "verarbeitet" wurde, in der EU als chinesisches Holz verkauft. Aufgrund der großen Entfernung gelang es Peking jedoch, die Ausfuhren auf den Kontinent nur um fünf Prozent zu steigern, während die Geschäfte mit der Türkei, Kasachstan und Kirgisistan nach Juli 2022 sprunghaft angestiegen seien, so der Experte. Später hätten Bischkek und Astana allerdings den Holzexport außerhalb der EAEU verboten, um zu verhindern, dass russisches Holz ohne Zahlung von Zöllen an Drittländer verkauft wird. Dadurch war es nicht möglich, den Mangel an Holz auf dem EU-Markt schnell auszugleichen. „Im vergangenen Jahr sind die gesamten Nadelholzimporte um 60 Prozent zurückgegangen“, stellt Zavyalov fest.

Nach Angaben des Europäischen Statistischen Dienstes waren die USA im vergangenen Jahr der drittgrößte Holzlieferant. Im Vergleich zu 2021 steigerten sie ihre Exporte um das 1,6-fache - auf 1,3 Milliarden Dollar. Ankara verdoppelte seine Lieferungen auf 440 Millionen Dollar und rückte auf den siebten Platz vor. „Der türkische Handelsumsatz im Bereich der Holzverarbeitung bricht Rekorde. Im Jahr 2023 machten die Käufe von Sperrholz aus Russland 54 Prozent der Importe des Landes aus, im selben Jahr stiegen die Exporte solcher Produkte um 54 Prozent. Eine ähnliche Dynamik gab es ein Jahr zuvor", rechnete Sawjalow vor. Wahrscheinlich ist hier das „Ölschema“ am Werk und die EU kaufe russische Waren über Dritte.

Der russische Industrieexperte Leonid Chasanow schätzt den türkischen Aufschlag auf die Holzlieferungen auf zehn Prozent und den amerikanischen auf 15 Prozent, fügt aber hinzu, dass die genauen Zölle von vielen Faktoren abhängen und schwer zu berechnen seien. Nicht nur die EU würde unter den höheren Kosten leiden. Auch Russland habe

einen Teil seiner Gewinne verloren. Früher lieferte das Land 38-43 Millionen Tonnen Holzprodukte ins Ausland, darunter Rundholz, Schnittholz, Sperrholz und Zellstoff für etwa 14 bis 16 Milliarden Dollar, zählt Chasanow auf. Aufgrund der faktischen Abschottung des EU-Marktes sei das Angebot um 20-30 Prozent zurückgegangen, und die einheimischen Unternehmen hätten ihre Verkäufe nach Asien verlagern müssen. Der wichtigste Abnehmer russischer Holzprodukte sei China, aber die Kapazität seines Marktes reichten nicht aus, um den Verlust des europäischen Marktes zu kompensieren, so die Analysten.

[В поиске наживы. США придумали способ заработать на России - РИА Новости, 26.03.2024 \(ria.ru\)](#)

Russland und China tarnen Kupferhandel

Die Russian Copper Company (RCC) und chinesische Firmen haben laut einem Bericht von Euractiv durch den Handel mit neuem Kupferwalzdraht, der als Schrott getarnt war, Steuern vermieden und die Auswirkungen westlicher Sanktionen umgangen. Quelle sind drei mit der Angelegenheit vertraute Personen, die dies der Agentur Reuters berichteten.

Kupferwalzdraht wurde in der abgelegenen uigurischen Region Xinjiang von einem Zwischenhändler geschreddert, um ihn schwer von Schrott unterscheiden zu können, so die Quellen, wodurch sowohl Exporteure als auch Importeure von den unterschiedlichen Zöllen auf Schrott und neues Metall profitieren konnten. Der russische Ausfuhrzoll auf Kupferstangen betrug im Dezember 7 % und war damit niedriger als die 10 %-ige Abgabe auf Schrott. Einfuhren von Kupferstäben nach China werden mit 4 % besteuert, während auf russische Schrotteinfuhren kein Zoll erhoben wird.

Der im Dezember begonnene Verkauf von als Schrott getarntem Neumetall spiegelt sich in einer Diskrepanz zwischen den chinesischen und den russischen Daten wider. Chinesische Zolldaten zeigen, dass China seit Dezember deutlich mehr Kupferschrott aus Russland gekauft hat, während russische Zahlen, die Reuters von einem kommerziellen Datenanbieter erhalten hat, zeigen, dass die Menge an Schrott, die in den größten Handelspartner des Landes exportiert wurde, vernachlässigbar ist.

Auf eine Anfrage von Reuters zu dieser Diskrepanz antwortete der russische Zoll: „Der Föderale Zolldienst stellt vorübergehend keine Daten zum Außenhandel zur Verfügung.“ Er hatte die Veröffentlichung von Handelsdaten im April 2022 kurz nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine eingestellt. Seitdem verlässt sich der Markt auf kommerzielle Anbieter.

Auflagen für Ausländer beim Mobilfunk

Über neue Auflagen für Ausländer in Russland berichtet das russische Wirtschaftsmedium Vedomosti. Das russische Digitalministerium will demnach die Voraussetzungen zur Ausgabe von SIM-Karten an Ausländer verschärfen. Ein Gesetzentwurf des Hauses, aus

dem die Zeitung Vedomosti zitiert, sieht eine Registrierung auf dem staatlichen Dienstleistungsportal Gosuslugi.ru sowie die Identifizierung mittels Biometrie in den Mobilfunkläden vor. Außerdem sollen Ausländer nicht mehr als zehn Mobilfunknummern zugeteilt bekommen dürfen, bestehende Verträge müssten dafür bis 1. März 2025 gemäß den vorgeschlagenen Regeln erneuert werden. Nicht gelten sollen die Regeln für Diplomaten und Vertreter internationaler Organisationen.

[Мигрантов обяжут сдавать биометрию для покупки российских сим-карт - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://www.vedomosti.ru)

Analyse der russischen Öl- und Gasexporte

Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer hat eine ausführliche Analyse zur Entwicklung der russischen Erdöl- und Erdgasexporte in den vergangenen Jahren veröffentlicht. Demnach haben sich die beiden wichtigsten russischen Exportgüter in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich entwickelt. Ein Grund dafür ist insbesondere auch der starke Rückgang der Erdgasexporte nach Deutschland, die bislang von Russland nicht kompensiert werden konnten. Beim Erdöl übertrafen die russischen Exporte 2023 mit 234 Millionen Tonnen sogar das Resultat des Vorkrisenjahres 2021, als es 230 Millionen Tonnen gewesen seien, schreibt die Kammer. Beim Erdgas hingegen brachen sie seitdem um mehr als 40 Prozent ein, von rund 249 Milliarden Kubikmeter auf nur noch 145 Milliarden m³. Während Russland durch die stark angestiegenen Energiepreise im ersten Kriegsjahr 2022 noch Rekordgewinne eingefahren hat, sind die Erlöse aus den Rohstoffverkäufen aufgrund westlicher Maßnahmen 2023 deutlich gesunken.

2021 seien auf die EU noch zwei Drittel aller russischen Exporte über Gaspipelines (137 Milliarden von 207 Milliarden m³ Gas) entfallen. Obwohl Erdgas – im Gegensatz zum Erdöl – bisher keinen EU-Sanktionen unterliegt, brachen die Pipeline-Lieferungen in die EU 2023 auf 25 Mrd. m³ ein, was noch ein Viertel der russischen Exporte ausmachte.

Interessant ist, dass die russischen Pipeline-Exporte in die Nicht-EU-Länder ebenfalls zurückgingen, von insgesamt 80 Milliarden auf knapp 75 Milliarden m³ Erdgas. Zu den wichtigsten Abnehmern gehörte die Türkei, die im vergangenen Jahr 21,3 Milliarden m³ russisches Gas importierte. Das liegt unter dem Niveau der Vorkrisenjahre von 26-28 Milliarden m³. Unter den großen Abnehmern von russischem Pipelinegas zeigte laut der Kammer nur China eine positive Dynamik. 2023 bezog es 22,7 Milliarden m³, 2021 waren es 10,4 Milliarden gewesen.

Die finanzielle Bedeutung des Erdgases für die russische Staatskasse sei allerdings niemals so groß gewesen wie die des Öls, konstatierte eine Studie der Columbia University in New York. Die Gasexporte seien eher eine Frage der Geopolitik gewesen. Der Wegfall großer Exportmengen in Richtung Europa werde vor allem für die Unternehmen der russischen Gaswirtschaft schmerzhaft sein, insbesondere Gazprom, so die Forscher.

Laut dem Brüsseler Thinktank Bruegel belief sich der Wert der russischen Gaslieferungen in die EU im vergangenen Jahr auf 18,1 Milliarden Dollar. In der Energiekrise 2022 waren es 51 Milliarden Dollar, im Jahr davor 25,8 Milliarden Dollar. Die Erlöse der russischen

Gasbranche insgesamt dürften 2023 mit 71 Milliarden Dollar weit unter den 165 Milliarden Dollar im Jahr Energiekrisenjahr 2022 und auch unter dem Jahr liegen, schrieb der Wirtschaftsberater Yakov & Partners, das ehemalige McKinsey in Russland im vergangenen Jahr. Im Ausnahmejahr 2022 hatten stark gestiegene Gaspreise die Erlöse auf 165 Milliarden Dollar hochschnellen lassen.

Im Gegensatz zum Pipelinegas bewegten sich die russischen Exporte von Flüssiggas (LNG) 2023 mit rund 45 Mrd. m³ in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Die EU bezog davon knapp 18 Milliarden m³. Mögliche Sanktionen und immer strengere Klima-Vorgaben werden Russland dazu zwingen, andere Abnehmer für sein LNG zu finden, erwarten die Forscher der Columbia University.

Die ausführliche Analyse der Kammer mit vielen Grafiken finden Sie hier:

[Russische Gasexporte \(kammer-russland.ru\)](https://www.kammer-russland.ru)

Novatek muss Produktion drosseln

Der russische Gasproduzent Novatek hat die Erdgasförderung an seinem Großprojekt Arctic LNG-2 drosseln müssen, erfuhr die Wirtschaftszeitung Vedomosti. Ihren Quellen zufolge förderte Novatek im Februar am neuen Terminal in Nordsibirien 83 Mio. Kubikmeter Gas. Im Januar waren es 250 Mio. m³, im Dezember sogar 425 Mio. m³. Der Großteil des geförderten Gases sei für die Produktion von Flüssiggas (LNG) bestimmt. Experten vermuten, dass Novatek nicht über genügend Tanker zum Transport des LNG verfügt.

Im November 2023 erließ das US-Finanzministerium erstmals Sanktionen gegen Arctic LNG-2. Für den planmäßigen Betrieb der ersten von drei geplanten Ausbaustufen des Terminals ist ein monatliches Fördervolumen von 800-900 Mio. m³ Erdgas nötig, schätzen Experten.

[«Новатэк» резко сократил добычу газа на «Арктик СПГ – 2» - Вedomosti \(vedomosti.ru\)](https://www.vedomosti.ru)

China-Exporte nach Russland gehen deutlich zurück

Russland hat nach Informationen der Nachrichtenagentur Bloomberg im März 16 Prozent weniger Waren aus China importiert als im Vorjahresmonat. Grundlage für den Bericht ist eine Auswertung chinesischer Zolldaten. Es sei der erste Rückgang im Jahresvergleich seit Mitte 2022. Schon in den vergangenen zwölf Monaten habe sich das Tempo beim Wachstum der Einfuhren aus China verlangsamt, so Bloomberg weiter. Im März 2023 habe es noch bei 150 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gelegen, bis September 2023 schwächte sich das Wachstum auf 25 Prozent ab, um nun erstmals ins Minus umzuschlagen. Der russisch-chinesische Handel hatte unter dem Eindruck westlicher Sanktionen zwischen 2021 und 2023 einen gewaltigen Boom erlebt und hatte sich von einem Volumen von rund 120 Milliarden US-Dollar auf rund 250 Milliarden US-Dollar verdoppelt. Nun scheint der Trend sich etwas umzukehren. Eine mögliche Erklärung sei die Sorge chinesischer Banken und Unternehmen vor US-Sanktionen, so Bloomberg. Kurz vor dem Jahreswechsel hatten die USA ihre Finanzsanktionen verschärft und zunehmend Banken in Drittstaaten, die an Russlandgeschäften beteiligt sind, ins Visier genommen. Zuletzt seien auch noch Zahlungsprobleme russischer Unternehmen im Handel mit China hinzugekommen.

USA und Großbritannien verfügen weiteres Einfuhrverbot für russische Metalle

Die USA und Großbritannien haben ihr Einfuhrverbot von Metallen aus russischer Produktion ausgeweitet. Nach dem 13. April produziertes Aluminium, Kupfer und Nickel aus Russland werde künftig nicht mehr an den beiden größten Metallbörsen der Welt in London und Chicago gehandelt, teilten die Finanzministerien der USA und Großbritanniens mit. Damit würden die russischen Metallproduzenten von den Gewinnen der London Metal Exchange und der Chicago Mercantile Exchange ausgeschlossen und eine wichtige Einnahmequelle des Kreml zur Finanzierung seines Kriegs in der Ukraine geschmälert. Dies berichtet Spiegel-Online am 12. April.

Die gemeinsame Aktion der beiden Länder baue auf dem Verbot von Metallimporten auf und zielen auf russische Exporte von Aluminium, Kupfer und Nickel im Wert von 40 Milliarden Dollar ab, teilte das britische Finanzministerium weiter mit. Metalle seien nach Energie das größte Exportgut Russlands. Die Metallbörsen spielen eine zentrale Rolle bei der Erleichterung des Handels mit Industriemetallen in aller Welt.

Die neuen Maßnahmen haben nach Angaben von Bloomberg zeitweise zum größten Preissprung bei Aluminium und Nickel seit 1987 geführt. Kurzzeitig stiegen demnach die Aluminiumpreise an der Londoner Metallbörse nach Bekanntgabe der neuen Sanktionen um über neun Prozent, bei Nickel betrug der Kurssprung 8,8 Prozent. Die Märkte beruhigten sich wenig später aber wieder. Russlands Anteil an der weltweiten Produktion von Aluminium beträgt 6 Prozent, der Anteil am globalen Nickelangebot beläuft sich auf 5 Prozent, und bei Kupfer 4 Prozent. Der größte russische Aluminiumproduzent Rusal befürchtet laut Meldungen aus Russland wegen der Sanktionen rund ein Drittel seiner

Verkäufe einzubüßen. Die neuen Sanktionen könnte demnach einer der größten Rusal-Kunden, der Schweizer Rohstoffhändler Glencore, als „höhere Gewalt“ geltend machen und bestehende Verträge mit den Russen kündigen.

„Wir denken, dass die Auswirkungen des suspendierten Handels mit neuen russischen Metallen insgesamt verhalten sein werden“, sagt Kieran Tompkins, Rohstoffökonom bei der Beratungsgesellschaft Capital Exchange der FAZ. Am 15. April lag der Preis mit 2550 Dollar je Tonne Aluminium noch 2 Prozent im Plus. Nickel notierte mit 17.850 Dollar je Tonne, weit unter den Rekordwerten nach der Ukraineinvasion.

An der Londoner Metallbörse LME wurden bislang sehr große Mengen aus Russland gehandelt, so die FAZ. Die Sanktionen betreffen aber nur neu produziertes Metall, das nach dem 13. April auf den Markt kommt. Die Altbestände sind davon nicht berührt. Die neuen Sanktionsauswirkungen würden moderat bleiben – „ähnlich wie der letzte Effekt der Sanktionen auf Russlands Ölhandel“, meint Tompkins.

Hauptgrund dafür sei, dass die Handelsströme sich schon stark verlagert haben. Europas Nickel-Importe aus Russland sinken. Im letzten Quartal 2023 fielen Russlands Lieferungen auf ein Viertel aller EU-Importe, vor Beginn der Ukraineinvasion kam noch die Hälfte aus Russland, erklärt Tompkins der FAZ. Umgekehrt nehme China nun viel mehr ab. Chinas Aluminiumeinfuhr aus Russland hat sich seit Ende 2021 mehr als verfünffacht. Die Metall-Giganten Rusal (Aluminium) und MMC Norilsk Nickel sind heute viel weniger in das westliche Finanz- und Handelssystem eingebunden als vor dem Krieg. Sie hatten Zeit, sich auf die verschärften Sanktionen vorzubereiten. Rusal teilte mit, die Sanktionen hätten „keine Auswirkungen auf Rusals Fähigkeiten zu liefern“. Dennoch könnten sie die Hersteller etwas schmerzen. „Die russischen Unternehmen werden gezwungen sein, niedrigere Preise zu akzeptieren“, erläutert ING-Rohstoffanalytikerin Ewa Manthey. Das Metall aus russischem Ursprung werde von China gekauft, aber mit einem Preisabschlag.

[Ukraine: Wolodymyr Selenskyj spricht mit Studenten über Marshall-Plan für Wiederaufbau - DER SPIEGEL](#)

[Aluminum, Nickel Spike on LME After Russian Metal Hit By US, UK Sanctions - Bloomberg](#)

Sanktionen gegen Unternehmen aus China

Die Vereinigten Staaten haben laut The Business Times insgesamt 11 neue Unternehmen auf die sogenannte „US-Entity-List“ gesetzt, dies berichtet die Frankfurter Rundschau. Dabei handelt es sich um eine Sanktionsliste für Personen und Unternehmen, die ein erhebliches Risiko für die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder Trägertechnologien darstellen. Unter den Firmen befinden sich offenbar sechs Unternehmen aus China. Zwei davon stehen auf der Liste, weil sie Russland und den Huthi-Rebellen indirekt Militärhilfe anboten. Die USA wollen gegen die beiden Firmen Ausfuhrschränkungen einführen.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, geht es konkret um die Firmen Jiangxi Xintuo Enterprise Co und Shenzhen Jiasibo Technology Co.. Erstere wurde laut Angaben der USA sanktioniert, weil sie das russische Militär bei der Beschaffung, Entwicklung und

Verbreitung von Drohnen unterstützte. Diese sollen auch im Ukraine-Krieg zum Einsatz gekommen sein.

Die zweite Firma sei Teil eines Netzwerks, das Luft- und Raumfahrtkomponenten einschließlich Drohnenanwendungen für ein iranisches Luftfahrtunternehmen beschaffte. „Diese Komponenten werden zur Entwicklung und Herstellung von unbemannten Luftfahrzeugen der Reihe ‚Shahed‘ verwendet, die vom Iran für Angriffe auf Öltanker im Nahen Osten und von Russland in der Ukraine eingesetzt wurden“, heißt es in einer US-Mitteilung. Drei russische Unternehmen, Aerosila JSC SPE, Delta-Aero LLC und JSC ODK-Star, sollen ebenfalls Teil des Netzwerks sein und wurden ebenfalls sanktioniert.

Neben den beiden chinesischen Unternehmen haben die USA noch vier weitere Firmen aus China auf die Sanktionsliste aufgenommen. Diese hätten versucht, KI-Chips für das chinesische Militär zu erwerben, sagte ein US-Beamter am Mittwoch (10. April). Die Unternehmen seien „an der Bereitstellung von KI-Chips für Chinas militärische Modernisierungsprogramme“ und für Nutzer des militärischen Geheimdienstes beteiligt, sagte Kevin Kurland, Beamter des Handelsministeriums. Die betroffenen Unternehmen sind Reuters zufolge LINKZOL (Beijing) Technology Co., Xi’an Like Innovative Information Technology Co., Beijing Anwise Technology Co. und SITONHOLY (Tianjin) Co. Peking hat laut Bloomberg erklärt, dies seien westliche Versuche, Chinas Unternehmen zu schädigen.

Aufgrund der Handelsbeziehungen mit Russland hat sich der Ton aus den USA gegenüber China verschärft. Die USA haben bereits vor „ernsthaften Konsequenzen“ gewarnt. So forderte die Finanzministerin Janet Yellen insbesondere chinesische Unternehmen auf, keine materielle Unterstützung für den Krieg Russlands gegen die Ukraine leisten dürfen.

[Russlands Wirtschaft abhängiger von China – doch Xi schränkt Hilfe ein \(fr.de\)](#)

Kaspersky-Software soll in den USA verboten werden

Die amerikanische Regierung will den russischen Software-Anbieter Kaspersky sanktionieren, dies berichtet die Berliner Zeitung. Laut eines CNN-Berichts bereitet die Biden-Administration eine Anordnung vor, die amerikanischen Unternehmen und Bürger daran hindert, die Antiviren-Software von Kaspersky zu verwenden. Demnach könnte die Maßnahme bereits diesen Monat in Kraft treten. Washington will dabei neue Befugnisse des Handelsministeriums nutzen. Präsident Joe Biden und sein Amtsvorgänger Donald Trump hatten eine sogenannte Durchführungsverordnung unterzeichnet, die die Bereitstellung bestimmter Produkte und Dienstleistungen in den USA verbietet.

US-Regierungsbehörden ist es bereits verboten, Kaspersky-Software zu verwenden. Neue Maßnahmen, um private Unternehmen daran zu hindern, die Software zu verwenden, bezeichnet CNN jedoch als „beispiellos“. Ein Ziel der Anordnung sei es, die Risiken für Kritische Infrastruktur in den USA zu mindern, sagten anonyme Quellen dem Sender. Mehr als 400 Millionen Menschen und 240.000 Unternehmen weltweit nutzen die Softwareprodukte von Kaspersky.

[USA wollen Nutzung von russischer Kaspersky-Software verbieten \(berliner-zeitung.de\)](#)

Sanktionen gegen Banken mit Sitz in Deutschland werden aufgehoben

Das Office of Foreign Asset Control hat drei Banken von der US-Sanktionsliste SDN gestrichen. Diese haben alle ihren Sitz in Frankfurt am Main. Es handelt sich um:

VTB BANK EUROPE SE

VTB BANK DEUTSCHLAND AG

OST-WEST HANDELSBANK AG

[Russia-related Designation Removal | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Albanien u.a.

EU-Nachbarn schließen sich Sanktionen an

Die Kandidatenländer Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Ukraine und Bosnien und Herzegowina sowie die EFTA-Länder Island und Liechtenstein haben sich den Verpflichtungen angeschlossen, die für Zentralverwahrer eingeführt wurden, um der russischen Zentralbank gehörende Vermögenswerte zu trennen.

Die Kandidatenländer Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Ukraine, Moldawien und Bosnien und Herzegowina sowie die EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen haben sich zudem dem 13. EU-Sanktionspaket und der Sanktionierung von 106 natürlichen und 88 juristischen Personen sowie der Verlängerung der (gezielten) Russland-Sanktionen um weitere sechs Monate angeschlossen, dies berichtet Globalsanctions.com.

Schweiz

Keine Konten für russische Staatsbürger

Die Schweizer Großbanken UBS und Credit Suisse weigern sich mittlerweile, russische Staatsbürger zu bedienen, auch wenn sie neben dem russischen auch einen Schweizer Pass haben. Die russische Wirtschaftszeitung Vedomosti berichtete von mehreren Fällen, in denen die beiden Banken Konten russischer Kunden mit doppelter Staatsangehörigkeit geschlossen haben sollen. Dies sei auch bei anderen Banken in der Schweiz und in den Vereinigten Arabischen Emiraten vorgekommen. Experten vermuten, dass die Banken lieber auf Geschäft verzichten, als russische Kunden aufwendig dahingehend zu prüfen, ob sie etwa zur Umgehung der Sanktionen gegen Russland beitragen. Dann liefe die Bank Gefahr, von den USA mit Sekundärsanktionen belegt zu werden.

Insidern zufolge haben Schweizer Banken bereits in den vergangenen beiden Jahren Konten von russischen Kunden geschlossen, falls auf ihnen weniger als 1 Million US-Dollar lagen. Neue Konten hätten Russen nur noch eröffnen können, wenn sie mindestens fünf Millionen Dollar angelegt hätten.

[Швейцарские банки закрывают счета россиянам с двойным гражданством - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

Weitere Sanktionsüberlegungen in der Schweiz

Die Schweiz brach wegen des Ukraine-Kriegs bereits mit ihrer Neutralität. Nun dürften weitere Sanktionen Russlands Wirtschaft immens unter Druck setzen – und Putins Vermögen dabei mindern, dies berichtet Merkur.de.

Anders als beispielsweise Finnland und Schweden, die ihre Neutralität für einen Nato-Beitritt komplett aufgaben, schloss sich Bern zumindest den EU-Sanktionen an. Die Schweiz weigerte sich, direkt Waffen an die Ukraine zu liefern, stimmte jedoch einer Wiederausfuhr einiger Schweizer Waffen und Munition an das angegriffene Land über dritte Staaten zu.

Darüber hinaus wurden in der Schweiz seit Kriegsbeginn rund 8,26 Milliarden Euro an russischen Geldern eingefroren. Nur ein Bruchteil der 154 Milliarden Euro, die laut einer Schätzung der Schweizer Bankiersvereinigung an russischem Vermögen in der Schweiz gehalten werden. In der Schweizer Regierung wächst laut dem US-Portal Newsweek nun der Druck, diese eingefrorenen Vermögen aus Russland zu nutzen, um die Ukraine zu unterstützen.

Vermögen von Wladimir Putin soll zumindest teilweise unter dem Namen von Verbündeten auch auf Schweizer Konten liegen. Im März stimmte der Schweizer Ständerat, eine der beiden Kammern des Parlaments, mit einer knappen Mehrheit für Anträge, welche die Verwendung von eingefrorenen Vermögenswerten von sogenannten „Agressorstaaten“ betreffen. Die Schweizer Regierung hat damit nun rechtlich gesehen auch die Erlaubnis, die Vermögenswerte zu nutzen, um Reparationen oder Entschädigungen an die Ukraine zu zahlen. Bern zögert derzeit noch, die eingefrorenen Gelder zu beschlagnahmen.

Vor allem Wirtschaftsminister Guy Parmelin, Mitglied der Schweizer Volkspartei (SVP) spricht sich gegen weitere Sanktionen für Moskau aus. Außenminister Ignazio Cassis hingegen machte zuletzt deutlich, dass Russland für den verursachten Schaden in der Ukraine aufkommen müsse und die Schweiz sich an internationalen Gesprächen über Entschädigungsmechanismen beteilige.

Neben der Schwächung für Putins eigenen Geldbeutel könnte die Schweiz mit weiteren Sanktionen auch die Wirtschaft Russlands unter Druck setzen. Vor allem, wenn es um Goldimporte geht. Von Februar 2022 bis Juli 2023 wurden insgesamt 75 Tonnen Gold aus Russland heimlich in die Schweiz importiert. Dabei wurde das Edelmetall über Großbritannien eingeführt. Dies hat dementsprechend nicht gegen Sanktionen verstoßen. Eigentlich verbietet die Schweiz seit August 2022 den Kauf, Import oder den Transport von Gold aus Russland. Sollte die Schweiz dem Kreml in Zukunft auch diese Einnahmequelle nehmen, dürfte der Druck auf Putin weiter steigen.

Der Schweizer Diplomat Thomas Greminger erklärte gegenüber Newsweek, dass „Neutralität nicht gleichbedeutend mit Gleichgültigkeit in Bezug auf die Verteidigung des Völkerrechts, die Werte der Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie“ sei. Eine Umfrage aus dem Jahr 2023 ergab, dass 75 Prozent der Schweizer der Meinung sind, die aktuellen Sanktionen gegen Russland seien mit der Neutralität vereinbar. 55 Prozent der Befragten sprachen sich für eine engere Zusammenarbeit mit der Nato aus – ein Plus von zehn Prozentpunkten im Vergleich zu 2021, vor dem Ukraine-Krieg.

[Putins Vermögen wegen Sanktionen in Gefahr: Schweiz reagiert auf Ukraine-Krieg \(merkur.de\)](#)

Südkorea

Samsung verbannt Mir-Karten

Ab dem 3. April wird die Nutzung der russischen Geldkarten Mir nicht mehr über das Bezahlsystem Samsung Pay möglich sein. Das kündigte der südkoreanische Elektronikhersteller Samsung an. Zuletzt hatte auch der chinesische Telekomkonzern Huawei Ende Februar seinen Bezahlendienst in Russland ohne eine Erklärung dafür eingestellt. Beobachter vermuten, dass die Unternehmen so auf die Ende 2023 verschärften Sanktionsdrohungen der USA reagieren.

[Оплата покупок Samsung Pay: !\[\]\(c3d993ca47bfe2a953c700506ce31fa0_img.jpg\) карты Мир, какие банки | Samsung РОССИЯ](#)

7. Blick über den Tellerrand

Heute keine Meldungen

8. Termine

Einladung zur Informationsveranstaltung am 6. Mai 2024: EU-Russlandsanktionen und russische Umgehungsversuche (online)

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) lädt ein in Kooperation mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) zu einer Informationsveranstaltung zum Thema EU-Russlandsanktionen und russische Umgehungsversuche. Angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen und der damit verbundenen Sanktionen freuen wir uns mit Ihnen in den Austausch über die rechtlichen Anforderungen und Compliance-Maßnahmen im Außenhandel auszutauschen.

Veranstaltungsdetails:

- **Thema:** EU-Russlandsanktionen und russische Umgehungsversuche
- **Datum:** Montag, 6. Mai 2024
- **Zeit:** 14:00 bis 15:30 Uhr
- **Format:** online

Ziel der Veranstaltung: Unser Ziel ist es, die Sanktionsexpertinnen und -experten in Unternehmen und Verbänden über die aktuellen Entwicklungen und Anforderungen beim Umgang mit Warenlieferungen in Drittstaaten im Kontext der EU-Sanktionen gegen Russland zu informieren. Die Veranstaltung wird sich auf die Vorstellung der kürzlich vom BMWK veröffentlichten Hinweispapiere zur Verhinderung von Sanktionsumgehungen und der ungewollten Weitergabe kriegswichtiger Güter konzentrieren und sich zudem mit praktischen Erfahrungen in der Anwendung der No-Russia-Clause beschäftigen.

Inhalte und Schwerpunkte:

- Überblick über das Problem der Russland erreichenden Warenlieferungen über Drittstaaten und Austausch über praktische Erfahrungen bei der Risikominimierung und Compliance im internationalen Handel
- Vorstellung der vom BMWK veröffentlichten Hinweispapiere mit Fokus auf Sanktionsumgehungen und die Verhinderung der Beschaffung kriegswichtiger Güter und Hinweise zur Anwendung der No-Russia-Clause
- Austausch zu praktischen Erfahrungen mit der sog. Jedermannspflicht (Art. 6b VO 833/2014).
- Q&A-Sektion mit Expertinnen und Experten des BMWK

Anmeldung: Bitte melden Sie sich bis zum 3. Mai 2024 über den folgenden [Link](#) an.

Wir freuen uns darauf, Ihnen wertvolle Einblicke und Unterstützung zu bieten und hoffen auf einen regen Austausch über die Anforderungen zur Umsetzung der EU-Russlandsanktionen.

Ukraine Recovery Conference (URC):

Einbindung der Deutschen Wirtschaft und anstehende Termine

Am 11. und 12. Juni 2024 findet in Berlin die Ukraine Recovery Conference (URC2024) statt. Die Vorbereitungen seitens der Bundesregierung und der ukrainischen Regierung haben bereits begonnen. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, die Deutsche Industrie- und Handelskammer, die AHK Ukraine sowie Germany Trade and Invest (GTAI) stehen hierzu in engem Austausch mit den verantwortlichen Ministerien BMZ, AA und BMWK und haben bereits im Vorfeld der URC2024 Interessensbekundungen deutscher Unternehmen gesammelt und eingereicht. Die Mitglieder des Ost-Ausschusses erhalten rechtzeitig eine Einladung mit weiteren Details. Andere Interessenten können sich gerne an [Service Desk Ukraine](#) wenden.

9. Tipps & Links

Die **No-Russia-Klausel** war im Zuge des 12. EU-Sanktionspakets für eine Reihe von Warenlieferungen in Drittländer verpflichtend eingeführt worden und soll eine Weiterleitung von sanktionsrelevanten Waren nach Russland verhindern. Sie finden ein Muster dafür am Ende des verlinkten Dokuments unter Abschnitt 6.

[Frequently asked questions concerning the “No re-export to Russia” clause and sanctions adopted following Russia’s military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 6.2.24):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia’s military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

Spendenauf Ruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine
[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.



Andreas Metz | Leiter Public Affairs

a.metz@oa-ev.de

T. +49 (0)30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss